»Gesundheit ist wichtiger als Profit.«

Jens Matthis

VORNE LINKS

Die Fraktion im Dresdner Stadtrat

April 2020

Abwehrkräfte der Demokratie

Corona ist nicht die einzige Gefahr für unsere Gesellschaft. Keine Verharmlosung rechter Strategien und Taten » Seite 2

Die Not wenden

Gregor Gysi sagt, das Coronavirus führe uns noch einmal vor Augen, wie sehr wir aufeinander angewiesen seien. Er hat Recht.

Auch wer nicht von Krise reden will, bemerkt: diese Gesellschaft einigt sich gerade notgedrungen auf das Lebensnotwendige, wenn etwa Kinos schließen, Zeitungsläden aber offenbleiben. Was aber ist das Notwendige, was wendet die Not? Und was sollte die Not wenden in Krisenzeiten wie auch sonst? In dieser Zeitung versuchen wir einen Eindruck zu vermitteln, was für uns unverzichtbar ist – auch nach der großen Pandemie. Es sind Gesundheitsangebote, die allen offenstehen, wie etwa ein als Gesundheitsbad saniertes Sachsenbad. Natürlich ist es Bildungsgerechtigkeit – für alle, möglichst wohnortnah. Eine große Herausforderung, wie der aktuelle Bildungsbericht deutlich macht. Notwendig ist auch eine auskömmlich finanzierte, gut besetzte Verwaltung, auf die sich die Menschen verlassen können – anders als etwa bei der Umzugsbeihilfe für Studierende, für die die TU im letzten Jahr geworben hatte und die von der Stadtverwaltung klammheimlich eingestellt wurde. Zum Notwendigen gehört für uns aber auch eine aktive Erinnerungskultur, so zum Beispiel anlässlich des 75. Jahrestags des Kriegsendes. Sicher: Momentan denken wir vor allem an Handhygiene und die Reduktion unserer Sozialkontakte. Unser Gemeinwesen aber ist weitaus größeren Gefahren ausgesetzt, die nicht per Tröpfcheninfektion übertragen werden müssen. Wie immun ist unsere Gesellschaft gegen die geistigen Wiedergänger völkermordender Gesellschaftsvorstellungen? In dieser Ausgabe fragen wir uns: Wie stärken wir eine Gesellschaft in ihrer öffentlichen Leistungsfähigkeit (auch was die Gesundheitsversorgung betrifft), in ihrer demokratischen Verfasstheit, in ihrer sozialen Zuwendung hin zu den Armen und schaffen so Hoffnung und Vertrauen, um die Ausbreitung antidemokratischer Ideen zu stoppen?

Thomas Feske

TEILHABE

Dresdner Bildungsbericht

Der chinesische Philosoph Konfuzius sagte bereits vor 2500 Jahren: »Bildung kennt keine Standesunterschiede«. Für DIE LINKE gilt diese Weisheit bis heute: Eine gute und gerechte Bildung darf weder von Herkunft noch vom Geschlecht abhängig sein! Jeder sollte die gleichen Chancen bekommen. Auch in Dresden ist das Thema Bildung eines der Wesentlichen. Es reicht von frühkindlicher Bildung, über Schulen bis hin zu Städtischen Bibliotheken und der Volkshochschule.

2012 und 2014 veröffentlichte die Stadt Dresden erste Bildungsberichte, zur Evaluierung der Bildungslandschaft – vor allem aber als Arbeitsauftrag für gezielte politische Steuerung. Es besteht Handlungsbedarf. Zu Beginn des Jahres wurde der 3. Bildungsbericht vorgestellt. Mehr über dessen Inhalte und die daraus zu ziehenden Schlüsse findet sich auf » Seite 7

ANTIFASCHISTISCHE ARBEIT

Erinnerung an Opfer rechter Gewalt

Nichts kann den Mord an Marwa El-Sherbini am 1. Juli 2009 an einem Gerichtssaal des Dresdner Landgerichtes ungeschehen machen. Auch wenn der Täter nach deutschem Recht für seine Tat zu einer lebenslangen Haftstrafe verurteilt wurde, bringt Nichts und Niemand Marwa und ihr ungeborenes Kind zurück ins Leben.

Hoyerswerda, der Mord an Jorge Gomondai in Dresden, die Geschehnisse in Halle und Hanau - die Liste von rassistischen Angriffen verdichtet sich in der jüngeren Vergangenheit auch in Dresden. In der Nacht zum 15. Dezember 2019 attackieren Maskierte eine Unterkunft für unbegleitete minderjährige Geflüchtete, am selbigen Tag wird ein Mensch tunesischer Staatsbürgerschaft in der Straßenbahn angegriffen. Am 17. Dezember wird ein vierjähriger Junge von seinem Laufrad getreten. Er befand sich mit seiner Mutter auf dem Rückweg aus der KiTa »Kleiner Globus«.

Banner im Gedenken an Marwa El Sherbini

Es ist ein Skandal, dass Oberbürgermeister Dirk Hilbert unseren Antrag zur Solidarität mit den Geflüchteten in der Ägäis als nicht eilbedürftig abgetan hat. Durch öffentliche Auftritte in den Parlamenten und bei Kundgebungen und vor allem durch konkrete Angebote für ein demokratisches Miteinander, durch die Stärkung von Organisationen von Migrantinnen und Migranten müssen wir das gesellschaftliche Klima in Dresden endlich zugunsten von Weltoffenheit, von Demokratie und solidarischem Miteinander verändern.

Der Mord an Marwa El Sherbini muss unvergessen bleiben. Unser Antrag, den Park vor dem Landgericht nach ihr zu benennen, ist ein Baustein in dieser Maßnahmenkette. *Dr. Margot Gaitzsch*

Evaluation der Jugendhilfe

Auch mit Kreide im Maul bleibt der Wolf ein Wolf. Politische Rechte schielt auf Gelder der Jugendhilfe

Es sind ja Steuergelder, sagen sie, und viel Geld ist es auch, und das letzte Mal ist vor über zehn Jahren genauer hingeschaut worden. Lasst uns doch einmal die Arbeit der Freien Träger der Jugendhilfe evaluieren. Sie, das ist in dem Fall die AfD. Vor vielen Jahren, als schon einmal evaluiert werden sollte, haben das die PDS-Ratsmitglieder beantragt, die auch die WOBA verkauft haben. Es war auch damals üblich, auf den relativ großen Topf der Jugendhilfeförderung zu schielen, insbesondere von politisch rechter Seite.

Nun also will die AfD erneut die Arbeit der Freien Träger der Jugendhilfe prüfen. Und ganz harmlos begründet sie das alles auch und erweckt den Eindruck, sich für die Sache zu interessieren. Ich bin überzeugt: Sie interessiert sich für die Sache. So wie der Wolf für die Geißlein. Und um zur Tür hereinzukommen muss Mehl auf die Pfote und Kreide in den Schlund. Ob man dem Wolf, äh, der AfD trauen kann muss jeder für sich entscheiden. Ich tue es nicht: Zu oft hat diese Partei in letzter Zeit bewiesen, dass es ihr nicht um die Sache geht, sondern um Diffamierung.

Aber für die, die sich wohler fühlen, wenn Argumente in der Sache vorgebracht werden, hier ein paar kurze Hinweise:

1. Die Mittel für die Jugendhilfe sind nicht besonders gestiegen. Zieht man die vom Land finanzierte Schulsozialarbeit ab, so ist die Steigerung der Ausgaben nicht höher als beispielsweise die Steigerung der Bruttoeinkommen der Arbeitnehmer*innen im Land.
2. Es gibt jenseits der AfD-Blase keinerlei ernsthafte Kritiken an der Arbeit der Jugendhilfeträger insgesamt.
3. Es gibt ein umfangreiches Prozedere der Jugendhilfeplanung von Planungskonferenzen in den siebzehn Stadträumen über die Aggregation dieser Ergebnisse in Verwaltungsvorlagen, der Stellungnahmen aller Beteiligten bis hin zu Jugendhilfeausschussbeschlüssen. Jeder einzelne der genannten Schritte ist dabei öffentlich und nachvollziehbar.
4. Warum genau will die AfD die Jugendhilfe überprüfen und nicht den Sport, das Büro des Oberbürgermeister, die Anzahl neuer Ampeln oder das Ordnungsamt?

Die Jugendhilfe ist eine wichtige Stütze der Gesellschaft. Deshalb muss sie auch angemessen finanziert werden.

Ganz zum Schluss: Frauen und junge Menschen wählen kaum AfD. Das liegt aber nicht an den Jugendhilfeträgern oder gar an Frauenprojekten, es liegt an der jugend- und frauenfeindlichen Politik dieser Partei. *Tilo Kießling*

NACHRUF

Zum Tode von Hans-Werner Gebauer

Er war ein Langebrücker Original und das Gesicht der LINKEN in der Ortschaft. Als engagierter Historiker widmete er sich mit großer Leidenschaft der Erforschung der Geschichte des Radeberger Lands. Er durchforstete Archive, hielt Vorträge, war Autor der Rödertal-Chroniken, die über viele Jahre hinweg regelmäßig in der Sächsischen Zeitung erschienen. Als langjähriges Mitglied des Ortschaftsrates hatte er ein offenes Ohr für die großen und kleinen Anliegen der Menschen in Langebrück. Im Februar ist Hans-Werner Gebauer im Alter von 69 Jahren unerwartet verstorben. Wir werden ihn vermissen. *André Schollbach*

Hans-Werner Gebauer saß für DIE LINKE.Dresden im Ortschaftsrat Langebrück

LINKE startet Postkartenaktion für Wiederbelebung des Sachsenbades

Die Fraktion DIE LINKE hat eine Postkartenaktion für die Wiederbelebung des Sachsenbades gestartet. In Pieschen werden dazu insgesamt 20.000 Postkarten verteilt.

Die Postkarten beinhalten eine Petition zur Wiederbelebung des Sachsenbades. Die Aktion der Fraktion DIE LINKE hat einen triftigen Grund: Nach den aktuellen Plänen von Oberbürgermeister Dirk Hilbert (FDP) und Baubürgermeister Raul Schmidt-Lamontain (Grüne) droht dem Sachsenbad das endgültige Aus als Bad. Stattdessen wird an einem Umbau zu profanen Büroflächen geplant. DIE LINKE kämpft für die Wiederbelebung des in den Jahren 1928/1929 von Stadtbaurat Paul Wolf erbauten Sachsenbades als Bad. Dieses gilt als Musterbeispiel der Architektur der »Neuen Sachlichkeit« der späten 20iger Jahre in Dresden. LINKEN-Fraktionsvorsitzender André Schollbach erläutert: »Das Sachsenbad ist ein großartiges architektonisches Dokument der Zeitgeschichte. Mit einem Umbau des Bades zu schnöden Büroflächen würde dem Gebäude das Herzstück entrissen und die Seele geraubt. Das wäre ein großer Frevel.«

Die Petitionspostkarte der Fraktion DIE LINKE zum Erhalt des Sachsenbads.

Die Entwicklung vergangener Jahre

Am 30. November 2016 beauftragte der Petitionsausschuss den Oberbürgermeister, bis zum 30. Juni 2017 eine Vorlage zu erarbeiten und zu prüfen, ob in dem Gebäude ein zeitgemäßes öffentliches Bad eingerichtet werden kann. Sofern die Errichtung eines solchen Bades nicht möglich ist, war zu prüfen, ob unter Bewahrung der denkmalpflegerisch bedeutenden Raumstrukturen in dem Gebäude ein teilweise frei finanziertes Bad mit Schwerpunkt Gesundheit, Gesundheitsprävention, Therapie sowie spezielles Schwimmen für Seniorinnen und Senioren und Schwimmunterricht für Kinder eingerichtet werden kann.

In der dazu erstellten Vorlage »Konzeptausschreibung für das Sachsenbad« vom 12. März 2018 wird ausgeführt: »Die seitens der Denkmalschutzkriterien am geeignetsten bewertete Nutzung ist die Einrichtung eines Gesundheits- bzw. Rehabades, zumal es für eine solche Nutzung große Übereinstimmung mit Bürgerinteressen des Ortsamtes sowie Mietinteressenten gibt.« Am 28. Juni 2018 beauftragte der Stadtrat den Oberbürgermeister, eine Konzeptausschreibung für das Sachsenbad durchzuführen. Diese Ausschreibung wurde im September 2018 veröffentlicht. Die Ausschreibungsfrist endete am 17. Januar 2019.

»Die Menschen wünschen sich das Sachsenbad zurück«

Joachim Adolphi

Gegenwärtig wird durch OB Hilbert (FDP) und Baubürgermeister Schmidt-Lamontain (Grüne) eine Vorlage vorbereitet, durch die dem Sachsenbad nicht nur der Verkauf an einen privaten Investor, sondern auch das endgültige Aus als Bad droht.

»Den geplanten Totalumbau zum Bürokomplex lehnen wir ab«

André Schollbach

Darüber ist auch unser Pieschener Stadtbezirksbeirat Dr. Joachim Adolphi empört: »Es ist eine Schande, dass es in einem großen Stadtteil wie Pieschen, mitten im reichen Deutschland, nicht möglich sein soll, ein ganzjährig nutzbares Bad zu unterhalten. Der Stolz einer Kulturstadt sollte sich auch auf die Lebenskultur ihrer Normalbürger beziehen können. Als Student bin ich dort noch geschwommen, sollten diese Zeiten vor 50 Jahren bessere gewesen sein?« LINKEN-Fraktionsvorsitzender André Schollbach sagt dazu: »Viele Menschen wünschen sich von ganzem Herzen, dass unter Erhaltung der Architektur wieder ein Bad entsteht. Deshalb kämpfen wir für eine Wiederbelebung des Sachsenbades als Bad.«

Mit der Petitionspostkarte der LINKEN können sich die Bürgerinnen und Bürger jetzt mit folgender Forderung an den Petitionsausschuss der Stadt Dresden wenden: »Sehr geehrte Stadträtinnen und Stadträte, das Sachsenbad ist seit 1994 dem Verfall preisgegeben. Dabei ist der Bedarf nach einem Schwimmbad in Pieschen besonders groß. Die Stadt will nun das Gebäude verkaufen mit dem Ziel, aus dem Sachsenbad einen Bürokomplex zu machen. Ich fordere, dass das Sachsenbad zeitnah saniert und als Gesundheitsbad ausgebaut wird. Es soll den Bürgerinnen und Bürgern endlich wieder als Bad zur Verfügung stehen!«

Die Petitionspostkarte ist in der Geschäftsstelle der Fraktion DIE LINKE im Rathaus sowie im Haus der Begegnung erhältlich und kann unter www.linke-fraktion-dresden heruntergeladen werden. Zudem gibt es eine Online-Petition erreichbar unter: http://bit.ly/WasserInsBad. *Thomas Feske*

Scannt diesen QR-Code mit eurem Mobiltelefon um direkt zur e-Petition im Portal der Landeshauptstadt Dresden zu gelangen.

75. Jahrestag der Befreiung Deutschlands würdig begehen

Rechte Kräfte haben das Gedenken am 8. Mai als Tag der Befreiung zunehmend für sich beansprucht und damit andere Gedenkveranstaltungen verdrängt. Die Fraktion DIE LINKE möchte dies nun ändern.

Vor 75 Jahren wurde Deutschland, wurde auch Dresden, vom Hitlerfaschismus befreit. Am 8. Mai 1945 zog die 5. Gardearmee der Roten Armee über das Blaue Wunder in Dresden ein. Das Blaue Wunder war die einzige intakte Brücke. Ihre Sprengung durch die SS hatten Dresdner Antifaschistinnen und Antifaschisten gerade noch verhindert, in dem sie die Sprengkabel durchschnitten.

Während der 13. Februar 1945, die Zerstörung der Dresdner Innenstadt durch alliierte Bombenangriffe, alljährlich eine große Rolle in der Dresdner Gedenkkultur spielt, wurde der 8. Mai als Tag der Befreiung in den letzten Jahrzenten eher weniger gewürdigt. Dies ist auch im internationalen Vergleich mehr als ungewöhnlich. DIE LINKE sieht hier dringenden Änderungsbedarf.

Deshalb hat DIE LINKE einen Antrag in den Stadtrat eingebracht. Der Oberbürgermeister soll damit beauftragt werden, dafür Sorge zu tragen, dass der 75. Jahrestag der Befreiung Dresdens vom NS-Regime und des Endes des 2. Weltkrieges in Europa insgesamt in einer angemessenen und würdigen Form begangen wird. Dabei sollten sowohl die Verdienste der Streitkräfte der Anti-Hitler-Koalition also auch der antifaschistische Widerstand, eine entsprechende Würdigung erfahren. Dies soll ein Zeichen setzen gegen jede Relativierung der faschistischen Ideologie und für ein friedliches und gutnachbarschaftliches Verhältnis zu den Nachfolgestaaten der Sowjetunion, insbesondere zu den unmittelbaren Nachbarn der Europäischen Union Russland, Belarus und der Ukraine, welche die Hauptlast des Krieges getragen haben.

Die Stadt Dresden sollte endlich wieder die Verantwortung für ein würdiges Gedenken am 8. Mai übernehmen.

Außerdem soll der Oberbürgermeister damit beauftragt werden, für die Landeshauptstadt Dresden die Gesamtverantwortung für die Kranzniederlegung und Gedenkveranstaltungen am 8.Mai 2020 am Sowjetischen Ehrenmal für die Gefallenen der Roten Armee sowie auf dem Sowjetischen Garnisonfriedhof zu übernehmen. In die Vorbereitung und Durchführung der Veranstaltungen sollten die bereits bisher in diesem Zusammenhang engagierten Akteurinnen und Akteure der Dresdner Zivilgesellschaft, Parteien, Religionsgemeinschaften und Verbände, sowie möglichst viele Dresdner Bürgerinnen und Bürger einbezogen werden. *Jens Matthis*

Blick vorbei an der Frauenkirche auf die Neustädter Elbseite

KULTURHAUPTSTADT 2025

Ziele bleiben bestehen

Nachdem das »Aus« verkündet wurde, gab es viele Menschen in der Stadt, die natürlich sofort wussten, warum. In der Dresdner Steuergruppe für die Kulturhauptstadtbewerbung haben wir gründlicher nachgedacht. Wir haben auch die Rückmeldungen für die anderen Bewerberstädte einbezogen und konnten oftmals ähnliche Einschätzungen lesen. Es wurde uns aber nicht klar, warum die eine Stadt weitergekommen ist und Dresden nicht. Ich sehe es so: Es war eine politisch geprägte Entscheidung von einer neu zusammengesetzten Jury.

Wir wurden unter anderem von dem ehemaligen Vorsitzenden der Jury beraten und in unserem Weg bestärkt, die Beteiligung der Dresdnerinnen und Dresdner als zentralen Punkt in der Bewerbung darzustellen. Die Kommission schreibt unter anderem: »Reflexionen über den Verlust des UNESCO-Welterbetitel durch die Stadt werden vermisst.« Im Bid Book von Dresden steht: »In Dresden treffen gerade innerhalb der Stadtgesellschaft seit Jahren konträre Auffassungen und Ansichten hart aufeinander. Der Bürgerentscheid zur Waldschlösschenbrücke im Jahr 2005, der Umbau des Kulturpalastes 2008 bis 2017 oder der Umgang mit den Pegida-Demonstrationen seit 2015 haben immer wieder tiefe Gräben aufgezeigt, bis in das Kulturmilieu hinein. Die Kulturhauptstadtbewerbung ermöglicht es uns, die Menschen in unserer Stadt für ein gemeinsames Ziel zusammenzubringen.« (S. 52).

Trotz des Ausscheidens gilt: Die Ziele im Bid Book sind für die LINKE weiter in kultureller Sicht bedeutsam: Die Möglichkeit der kulturellen Teilhabe aller ist uns am Wichtigsten und dazu möchten wir unter anderem die Projekte Robotronkantine, die vollständige Sanierung des Kraftwerks Mitte, die Sanierung und Umbau des Kunstraumes »GEH8« und die Entwicklung eines Musikzentrums für Popularmusik im ehemaligen Gelände des TJG. *Anja Apel*

Klinikum in Bedrängnis
Sichtweisen zur Begutachtung durch Ernst & Young » Seite 2

Thüringen nach Spektakel
Interview mit Fraktionschefin Susanne Hennig-Wellsow » Seite 3

Der 13. Februar
Linksjugend zum Geschehen auf dem Heidefriedhof » Seite 7

»Gute Krankenhäuser erkennt man nicht an schwarzen Zahlen.«

Jens Matthis

MITTENDRIN
Sozialistische Schrift für Dresden
April 2020

Die kalte Republik

Wann beginnt eigentlich Faschismus?
» Leitartikel

Faschismus beginnt in den Köpfen

Jens Matthis über die Bedrohung des Faschismus

Wann beginnt Faschismus? Und womit? Müssen es Schwarz- oder Braunhemden, Rutenbündel oder Hakenkreuze, Fackelzüge und Folterkeller sein? Oder beginnt Faschismus schon, wenn mit Tränengas und Wasserwerfern schutzsuchende Menschen an einer Grenze zurückdrängt werden: Männer, Frauen und Kinder. Immerhin: Es wird noch nicht richtig geschossen, jedenfalls offiziell noch (!) nicht. Aber griechische Faschisten dürfen sich als »Bürgerwehr« am »Schutz« der Grenze beteiligen. Oder beginnt der Faschismus damit, dass Hetzreden gehalten und geduldet werden, auf der Straße und im Parlament, dass menschenverachtende Parolen auf Plakaten und im Internet die Atmosphäre so vergiften, dass fanatisierte »Einzeltäter« sich zu Morden an Menschen ermächtigt fühlen. Beginnt Faschismus damit, dass man spürt, es sind nicht nur wenige, sondern es sind viele aus vielen Teilen der

Es ist zu spät wenn aus dem Schneeball eine Lawine wird

Gesellschaft, die die Hassparolen weitergeben: Polizisten, Geschäftsinhaber, Rentner, Juristen, Lehrer, Ärzte, Professoren, Sozialarbeiter... und natürlich auch »-innen«. Einstige Freunde sind längst zu ihnen übergelaufen. Noch sind sie nicht stärkste Partei, aber stärkste Opposition schon allemal.

Der Dresdner Schriftsteller Erich Kästner sagte 1958 rückblickend in einer Rede: »Die Ereignisse von 1933 bis 1945 hätten spätestens 1928 bekämpft werden müssen. Später war es zu spät. Man darf nicht warten, bis der Freiheitskampf Landesverrat genannt wird. Man darf nicht warten, bis aus dem Schneeball eine Lawine geworden ist. Man muss den rollenden Schneeball zertreten. Die Lawine hält keiner mehr auf. Sie ruht erst, wenn sie alles unter sich begraben hat.

Das ist die Lehre, das ist das Fazit dessen, was uns 1933 widerfuhr. Das ist der Schluss, den wir aus unseren Erfahrungen ziehen müssen, und es ist der Schluss meiner Rede. Drohende Diktaturen lassen sich nur bekämpfen, ehe sie die Macht übernommen haben." *Jens Matthis*

EDITORIAL

Zeit gewinnen – Leben retten!

Nie war Zeit so kostbar und gleichzeitig so üppig vorhanden, wie in diesen Tagen. Durch die Absage zahlreicher Veranstaltungen und die Beschränkung unserer Kontakte auf das zum Leben notwendige, können wir alle dazu beitragen, dass sich die Ausbreitung des Coronavirus verlangsamt. Das deutsche Gesundheitswesen kann durch diese Verzögerung besser auf die große Zahl der schwer Erkrankten reagieren. Dadurch werden wir alle zu Lebensretter*innen. Wir hoffen, dass die Ressourcen in den Kliniken möglichst lange ausreichen um die Menschen adäquat zu versorgen. Die neoliberale Gesundheitspolitik der letzten drei Jahrzehnte hat sicher nicht dazu beigetragen, dass wir gut auf eine derartige Pandemie vorbereitet sind. Deshalb wird unsere Solidarität in den nächsten Monaten mehr gefragt sein, denn je. Danach wird die Welt eine andere sein. Es bleibt zu hoffen, dass wir uns dann die Zeit nehmen und Lehren aus dieser Katastrophe ziehen. *Anne Holowenko*

Städtisches Klinikum in schwerem Fahrwasser

Zur Erstellung eines Gutachtens über die Dresdner Krankenhäuser aus Sicht der Fraktion

Der Gesundheitsausschuss hat beschlossen, eine »Strategisches Unternehmenskonzept« für das Städtische Klinikum zu erarbeiten. »Aus der Sicht der LINKEN wird ein solches Konzept für das Städtische Klinikum gebraucht, um langfristig medizinische Versorgungssicherheit und hohe Versorgungsqualität für die Bevölkerung zu gewährleisten.
Das Erreichen »schwarzer Zahlen« in einem Klinikum stellt für DIE LINKE hingegen keinen besonderen Wert dar, insbesondere dann nicht, wenn diese schwarzen Zahlen zu Lasten bestmöglicher Versorgung erkauft werden. Hier unterscheiden wir uns deutlich von anderen Fraktionen.

Schwarze Zahlen nicht um jeden Preis.

Drei große Fragen müssen beantwortet werden:
1. Gelingt es, die Arbeitsabläufe im Klinikum selbst besser als bisher zu organisieren und zu steuern und gelingt damit, gutes Personal zu rekrutieren, zu motivieren und zu halten?
2. Gelingt es, gemeinsam mit dem Freistaat Sachsen ein zum Uniklinikum kompatibles medizinisches Profil für das Städtische Klinikum zu schaffen und die dafür notwendigen Investitionen auf den Weg zu bringen?
3. Wie werden sich die Rahmenbedingungen der bundesdeutschen Gesundheitspolitik in den nächsten Jahren gestalten, wird das »marktorientierte« Fallpauschalen-System endlich aufgegeben oder wenigstens entschärft?

Kein Rütteln an der Rechtsform.

Es gibt aber auch Dinge, die bereits geklärt sind: So stellte unsere Sozialbürgermeisterin Kris Kaufmann vorab klar, dass weder die durch Bürgerentscheid bestimmte Rechtsform »Eigenbetrieb« noch die Bindung an Tarifverträge zur Disposition steht. Auch betriebsbedingte Kündigungen sind ausgeschlossen. Für DIE LINKE ist es unverzichtbar, dass in diesen Diskussionsprozess nicht nur Klinikleitung, Chefärzte und Stadtrat, sondern auch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, insbesondere der Personalrat umfassend eingebunden sind.

Die Beteiligung von Ernst & Young ist aus der Sicht der LINKEN nicht besonders wünschenswert, sondern ein Zugeständnis an den Oberbürgermeister und die konservativ-liberalen Kräfte im Stadtrat. Es darf nicht vergessen werden, dass es unter anderen die großen Wirtschaftsberatungsirmen und dabei insbesondere Ernst & Young waren, die in der gefährlichen Mischung aus Wirtschaftsprüfung, Wirtschaftsberatung und Politikberatung die Ökonomisierung des Gesundheitswesens mit all ihren schädlichen Folgen erst initiiert und vorangetrieben haben. Ob ein Krankenhaus wirklich gut ist, erkennt man nicht beim »Benchmarking« durch Beratungsunternehmen und nicht an »schwarzen Zahlen«, sondern an der Leistungsfähigkeit bei Epidemien, schweren Unfällen und Katastrophen mit vielen Verletzten.« *Jens Matthis*

Weil wir wissen warum: Kein Tarifausstieg durch Privatisierung.
Katja Kipping als Krankenpflegerin im Rahmen der Aktion »Perspektivwechsel«.

WORTMELDUNG

Finger weg vom Städtischen Klinikum

Wir sind der Meinung, dass es ein Fehler ist, für 500.000€ die Wirtschaftsberatungsgesellschaft Ernst & Young damit zu beauftragen, ein Zukunftskonzept für das Städtische Klinikum zu entwickeln. Ernst & Young hat bereits ein Gutachten zum Klinikum erstellt, dessen Ergebnisse sind bis jetzt noch nicht öffentlich zugänglich. Wir wissen jedoch aus verschiedenen Quellen, dass Ernst & Young Einsparpotentiale in Millionenhöhe durch Reduzierung der Personalkosten sowie Zusammenlegung von Stationen und Schließung von Standorten sieht.

Gesundheit ist keine Ware.

In dem beschlossenen 21-köpfigen »Begleitteam« sind für die »normalen Beschäftigten« nur zwei Personalratsmitglieder vertreten. Die Gewerkschaften bleiben sogar vollständig außen vor. Das Begleitteam hat keine Entscheidungsbefugnisse und es soll »vertraulich« (also nicht öffentlich) arbeiten. Mündlich wurde mehrfach beteuert, dass die verschiedenen Zukunftsvarianten alle unter der Prämisse »Eigenbetrieb und TVöD erhalten« entwickelt werden sollen. In der Beschlussausfertigung sind diese Prämissen jedoch nicht festgehalten.

Keine Spezialisierung auf »profitable« Erkrankungen.

Wir sind der Meinung, dass Krankenhäuser eine Gesundheitsversorgung auf hohem Niveau für alle garantieren sollen. Ein öffentliches Krankenhaus, das eine Maximalversorgung garantieren soll und nach Tarif bezahlt, kann in dem aktuellen Finanzierungssystem keine schwarzen Zahlen schreiben. Das ist dem unter Rot-Grün eingeführten Fallpauschalensystem geschuldet, welches die Krankenhäuser streng marktwirtschaftlichen Prinzipien unterwirft. Gewinnen können in diesem System nur Häuser, die am Personal und dessen Bezahlung sparen und/ oder sich auf »teure« (also gewinnbringende) Erkrankungen spezialisiert haben. Das und nichts anderes wird Ernst & Young vorschlagen. Und dem sollten wir als Linke nicht zustimmen.

Stattdessen sollten unsere Forderungen lauten:
1. Erhalt des städtischen Eigenbetriebs mit allen Standorten und des Tarifvertrags des öffentlichen Dienstes (TVöD
2. Personalbemessung nach realem Bedarf – wenn die Gewerkschaften dafür aktiv werden, stehen wir an der Seite der Beschäftigten
3. Insourcing von Reinigung, Küche, Sicherheits- und Fahrdiensten *Dorit Hollasky / Steve Hollasky*

Neue linke Mehrheiten

Katja Kippings Flugschrift zu politischen Alternativen

Was kommt nach der Krise des Neoliberalismus? Die Situation ist offen. Wir können Zeugen einer fortschreitenden Eskalation bis hin zu Klimakollaps und Barbarei werden. Oder wir gehen die Ursachen der Krisen an und stellen dem entfesselten Markt eine neue Ökonomie des Gemeinsamen entgegen. Was kommt nach Angela Merkel und GroKo? Auch hier ist die Situation offen. Möglich sind neue Gesichter, die weiter den alten Wegen folgen und damit die Krisen verschärfen. Möglich sind aber auch neue linke Mehrheiten und somit eine Alternative, die Ernst macht mit einer Politik der sozialen Sicherheit, des Friedens und des Klimaschutzes - damit wir alle eine Zukunft haben.

Für eine sozial-ökonomische Wende braucht es Diskussionen über die politischen Hebel, ohne die sich die Dinge nicht bewegen lassen. Regieren in Bewegung, Partei in Bewegung. Dabei geht es nicht um politische Arithmetik oder inhaltsleere Addition von Umfrageergebnissen. Wer mitgestalten will und kann, was morgen sein soll, muss heute damit anfangen. Katja Kippings brandaktueller Essay lädt zu einer solchen Diskussion ein. *Uwe Schaarschmidt*

Neue linke Mehrheiten
– Eine Einladung
Von Katja Kipping
ISBN: 978-3-86754-518-1
8,00 Euro

Katja Kippings drittes Buch ist das kleinste, aber nicht minder wichtig.

»Dem Rechtsruck entgegentreten!«

Interview mit Susanne Hennig-Wellsow

Susanne, hinter Dir liegt vermutlich die verrückteste Zeit Deiner politischen Laufbahn. Was haben diese Wochen mit Dir gemacht?
Mir ist noch einmal bewusst geworden, dass ich immer mit allem rechnen muss. Das sich ein Kandidat der FDP mit den Stimmen der Höcke-AfD zum Ministerpräsidenten wählen lässt, hat auch viele Thüringerinnen und Thüringer überrascht. Der breite zivilgesellschaftliche Protest auf den Tabubruch hat schlussendlich Kemmerichs Rücktritt eingeleitet.

Was hat die Proteste im Anschluss an die Wahl Kemmerichs so besonders gemacht und warum waren sie so erfolgreich?
Der zivilgesellschaftliche Protest hat eins eindrucksvoll bewiesen: Wenn wir parlamentarisch und außerparlamentarisch gleichermaßen vernetzt und handlungsfähig sind, dann können wir, gemeinsam mit vielen Bündnispartnern von Gewerkschaften über Kirchen, junge AntifaschistInnen bis hin zu den »Omas gegen Rechts«, dem gesellschaftlichen Rechtsruck erfolgreich entgegentreten.

Nun hat die Wahl von Bodo Ramelow zum Ministerpräsidenten im zweiten Anlauf geklappt, eine parlamentarische Mehrheit hat Rot-Rot-Grün aber nicht. Mit welchen Erwartungen gehst Du als Fraktionschefin in das vereinbarte Jahr bis zu den Neuwahlen?
Während der letzten fünf Jahre war es als r2g immer unser Anspruch Politik auf Augenhöhe zu gestalten. Das wir als LINKE und als Koalition inhaltliche Debatten mit der CDU führen, ist notwendig und sollte immer unser Maßstab sein. Der vereinbarte Stabilitätsmechanismus wird sich im nächsten Jahr bewähren müssen. Sucht die CDU Mehrheiten mit der AfD ist er vom Tisch und wir leiten direkte Neuwahlen ein.

Susanne Hennig-Wellsow (42) ist Landesvorsitzende der LINKEN in Thüringen und Fraktionsvorsitzende im Thüringer Landtag

Du warst ja an den Verhandlungen mit der CDU über das Vorgehen bis zur Neuwahl beteiligt. Gab es Kröten, die DIE LINKE dabei schlucken musste und wenn ja, welches war die größte?
Nach dem Tabubruch vom 05.02 haben wir als Thüringer LINKE schnelle Neuwahlen und den Rücktritt Kemmerichs gefordert. Für die Vereinbarung der Neuwahlen braucht es die Stimmen der CDU, die dazu nicht bereit sind. Wir hätten gerne schon im Mai einen neuen Landtag gewählt, nach schwierigen Verhandlungen mit r2g und CDU haben wir uns auf den April 2021 geeinigt.

Bodo Ramelows Sympathiewerte in der Thüringer Bevölkerung sind beträchtlich, innerhalb der Bundespartei ist seine staatstragende Art andererseits nicht ganz unumstritten. Einmal abgesehen von der Solidarität in den letzten Krisenwochen - gibt es diese Differenzen auch im Thüringer Landesverband oder wird da schon der Weltfrieden probiert?
Die soziale Gerechtigkeit ist das zentrale Anliegen unserer Partei. Wir haben uns die Frage gestellt, wie wir uns der sozialen Gerechtigkeit auf Landesebene nähern können und festgestellt, dass die CDU unsere Hausaufgaben nicht machen wird. Aus dieser Erkenntnis heraus hat die Thüringer LINKE seit fünfzehn Jahren für rot-rot-grüne Mehrheiten im Land geworben. Die erfolgreichen letzten Jahre bestätigen diesen Kurs und die Umfragen sprechen für sich.

Die CDU wird unsere Hausaufgaben nicht machen.

Man kann ja von der Zeit bis zur Neuwahl in Thüringen getrost als einjährigem Wahlkampf sprechen und die momentanen Umfragewerte sind nicht in Stein gemeißelt. Wie wollt ihr als Landespartei damit umgehen?

Für uns hat der Wahlkampf am 05.02 begonnen. An diesem Tag sind die Demokratieverachtung der AfD und die verheerenden Folgen der Gleichsetzung von Links und Rechts deutlich und für alle sichtbar zu Tage getreten. Die Thüringerinnen und Thüringer haben in den folgenden Tagen gemerkt, wie verantwortungsbewusst sich DIE LINKE mit ihren verschiedenen Angeboten an die CDU verhalten hat, die die Wahl Kemmerichs durch die Stimmen der AfD erst möglich gemacht hat. Die Wählerinnen und Wähler sind sich dessen durchaus bewusst.

Die Fragen stellte Uwe Schaarschmidt

Soziale Belastungen mindern Bildungschancen

AG Bildung zum 3. Dresdner Bildungsbericht

Welche Chancen bekommen Dresdner Kinder in der Zeit zwischen Zuckertüte und Abschlusszeugnis? Überaus detailliert ist das im nunmehr 3. Bildungsbericht der Stadt auf 520 Seiten angegeben. Der Umfang des Papieres könnte eine Zumutung an die Leserschaft darstellen, ist es aber bei genauer Betrachtung keineswegs.

Die Gemeinschaftsschule in Pieschen ist erfolgreich.

Auf Seite 265 findet sich folgende Einschätzung: »Wie bereits die ersten beiden Bildungsberichte hinsichtlich der sozialräumlichen Betrachtung der Schulabschlüsse an Dresdner Mittel-/Oberschulen zeigten, nimmt mit zunehmender sozialer Belastungslage der Anteil der Absolventinnen und Absolventen mit maximal (qualifizierendem) Hauptschulabschluss tenden-ziell zu«.

Unsere Stadt wurde dabei in fünf große Entwicklungsräume eingeteilt, von ER1 (z.B. Prohlis) mit sehr starker bis ER5 (z.B. Loschwitz) mit kaum oder keiner sozialen Belastung. Das Bemühen um auch kleinteilige Betrachtungen der Autorinnen ist zu begrüßen. Wesentlich für mich war die Feststellung, dass mit zunehmender sozialer Belastungslage in den Stadtteilen der Anteil der Abgänger*innen mit Realschulabschluss an Mittel-/Oberschulen sinkt. Es fehlte dagegen nicht ein Hinweis auf positive Ergebnisse an der Oberschule Pieschen, deren Absolvent*innen mit 93,5 % einen Realschulabschluss erzielen konnten (über dem Dresdner Mittel). In einer Fußnote nur war bemerkt, dass das besondere pädagogische Profil dieser Pieschener Schule eine GEMEINSCHAFTSSCHULE ist. In Prohlis wäre das auch möglich!

Ingrid Körner

Kontakt
Die AG Bildung ist über die Geschäftsstelle des Stadtverbandes zu erreichen. Oder per Mail unter: florian.berndt@dielinke-dresden.de

Wir machen uns die Welt, wie sie uns gefällt!

Geplanter Umbau am Haus der Begegnung beginnt 2020

Das Nebengebäude am Haus der Begegnung - viele nennen es historisch bedingt »Heizhaus" - soll noch in diesem Jahr grundlegend erneuert werden. Das Gebäude wurde bisher als reines Lagerhaus genutzt. Dies wird nun durch einen multifunktionalen Projektraum im Erdgeschoss ergänzt, der die dringend benötigte Nutzfläche des Jugendhauses »Roter Baum" erweitert.

Die Finanzierung der Baumaßnahme erfolgt zum großen Teil durch Fördermittel. So konnten durch die »AG Heizhaus" Gelder aus dem europäischen EFRE-Fond für Stadterneuerung und Armutsbekämpfung sowie Spenden aus der Fernsehlotterie eingeworben werden. Einen Eigenanteil von 40.000€ investiert der Haus der Begegnung e.V.

Erste bauliche Vorbereitungen finden bereits statt, die Bauzeit soll im Juni beginnen und bis zum Jahresende abgeschlossen sein. Das Bauvorhaben umfasst den reinen Rohbau. Der Innenausbau erfolgt durch Eigenmittel der jeweiligen Nutzer*innen- vermutlich erst im kommenden Jahr. Für die neuen Lagerräume der DIE LINKE.Dresden ist ein Lastenaufzug zwischen den Räumen im Erdgeschoss und den neuen Lagerräumen im ersten Obergeschoss angedacht. Auch soll die Fassade des Gebäudes zum Abschluss durch einen Grafitti-Workshop gestaltet werden, wofür Spraydosen und anderes Material benötigt werden wird.

Jacqueline Muth

Blick auf das Heizhaus aus Richtung Zeithainer Str.

CUBA SI INFORMIERT

Druck aus Washington: USA isoliert Kuba

Der US-Geldtransferdienstleister Western Union hat seit dem 26. Februar seine Kuba-Dienste außerhalb der USA eingestellt. Damit beugt sich die Firma dem Druck aus Washington, die sozialistische Insel von den internationalen Finanzströmen zu isolieren. Geldsendungen nach Kuba werden damit abermals erschwert, womit die Regierung von Präsident Donald Trump ihre Strategie, Kuba zu isolieren und finanziell den Hahn abzudrehen, weiter verschärft. Die Überweisungen von Familienangehörigen aus dem Ausland (remesas) sind eine der wichtigsten Einnahmequellen für die Wirtschaft des Landes. Sie lagen im Jahr 2018 bei rund drei Milliarden US-Dollar und rangierten damit noch vor den Einnahmen aus dem Tourismus.

Bereits seit Oktober des vergangenen Jahres dürfen von den USA aus nur noch maximal 1.000 US-Dollar pro Quartal an kubanische Staatsangehörige gesendet werden, halb so viel wie bisher. Zudem darf kein Geld mehr an Personen geschickt werden, deren »enge Verwandte« Mitglied der Kommunistischen Partei Kubas (PCC) sind.

Cuba Si/ DIE LINKE Dresden
IBAN: DE 93 850 50 300 312 018 3074
Verwendungszweck: Milch für Kubas Kinder

Ausgenommen von den Einschränkungen sind Kubas kleiner Privatsektor und Nichtregierungsorganisationen, die im Rahmen der US-Kuba-Politik gegen die Regierung in Havanna in Stellung gebracht werden sollen. Ziel sei es, »das Wachstum des Privatsektors außerhalb der Kontrolle der Regierung« zu fördern und gleichzeitig »das kubanische Regime finanziell zu isolieren«, heißt es in dem Dokument. Auch Spenden nach Kuba sind mit den neuen Regularien verboten.

Marcel Kunzmann

Die originale Fassung dieses Artikels erschien zuerst auf https://amerika21.de/

Mangelhaft finanziert: Krankenhäuser und Pflegekräfte

GESUNDHEIT

Sofortprogramm für Pflegekräfte

Die Coronakrise ist zur Belastungsprobe des Gesundheits- und Pflegesystems in Deutschland geworden. Bereits im Vorfeld der Krise klagten viele Pflegerinnen und Pfleger über zu hohe Arbeitsbelastungen durch fehlendes Personal, das Problem wird sich jetzt verschärfen.

Es braucht jetzt schnelle Anreize, um den Personalnotstand im Pflegesystem abfedern zu können. In den Krankenhäusern und der Altenpflege fehlen jeweils mindestens 100.000 Pflegekräfte. Wir brauchen ein Sofortprogramm zur Aktivierung von Pflegekräften, das allen Pflegekräften – auch denen, die in den Beruf zurückkommen – 500 Euro im Monat Zulage zahlt. Dazu gehört auch eine generelle, dauerhaft bessere Bezahlung. Damit die Reserven mobilisiert werden. Damit sich die Arbeitsbedingungen endlich verbessern. Damit die Gesundheit von Pflegekräften sowie Patientinnen und Patienten geschützt wird.

Der Coronavirus zeigt, in welchem Zustand unser Gesundheits- und Pflegesystem ist: Die Pflegerinnen und Pfleger arbeiten bereits jetzt mit vollem Einsatz an ihrer physischen und psychischen Belastungsgrenze. Mit steigenden Infektionszahlen, auch unter den Pflegenden, wird sich dies weiter verschärfen.

Bernd Riexinger

Corona-Überbrückungsgeld

Gegen Existenzbedrohungen helfen keine langen Debatten

Wir brauchen jetzt eine Investition in den sozialen Zusammenhalt unserer Gesellschaft. Gerade all jene, die nicht viel auf der hohen Kante haben oder in ihren Jobs auf tägliche Aufträge angewiesen sind, müssen jetzt unter einen solidarischen Rettungsschirm fallen.

Wir brauchen ein Corona-Überbrückungsgeld in Form einer direkten, temporären Geldzuwendung, das mit einer mehrsprachigen Aufklärung und Ansprache durch den Gesetzgeber und die städtischen Verwaltungen gekoppelt ist, um als vielfältige Gesellschaft diese Herausforderung gemeinsam meistern zu können.

Das betrifft Soloselbstständige, Kulturbetriebe und besonders auch den Einzelhandel. In kleinen Betrieben sind die Inhaber jetzt ebenso bedroht wie die Angestellten.

Unseren Städten leben von einem vielfältigen Einzelhandel, vom Friseur, über den Bäcker, Gemüsehändler, Schuster, Schneider, Buchhändler, Lokale, Imbisse und Geschäfte für den täglichen Bedarf.

Selbstständige, Freiberufler*innen, Künstler*innen und Kleinbetriebe brauchen Solidarität und unbürokratische Hilfe

Die kleinen Läden um die Ecke werden jetzt buchstäblich um ihre Existenz ringen. In Deutschland hat aktuell etwa jede vierte Person eine Migrationsgeschichte und nicht wenige von ihnen arbeiten im Einzelhandel oder betreiben kleine Familienunternehmen. Der deutsche Bäcker, der türkische Gemüsehändler und die afghanische Schneiderin, sie alle machen die Vielfalt unserer Gesellschaft aus und brauchen jetzt staatliche Hilfe und eine Existenzgarantie.

Viele nicht deutschsprachige Migranten informieren sich über die Gefahren von Corona noch immer über Medien aus ihren Herkunftsländern. Hier ist dringende Abhilfe geboten, um Vertrauen und Sicherheit in unsere staatlichen Institutionen zu stiften. Der Gesetzgeber und die Verwaltungen sollten regional angepasst alle notwendigen Informationen und Hilfen auch in den in Deutschland am häufigst gesprochenen Fremdsprachen Englisch, Spanisch, Russisch, Türkisch und Arabisch verfassen.

Katja Kipping

Veranstaltungen und Termine in Zeiten von Corona:

Aufgrund der aktuellen Lage ist es uns leider nicht möglich aktuelle und verlässliche Informationen zu Veranstaltungen zu geben.

informiert Euch daher bitte auf den Internetseiten der Dresdner LINKEN und der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen.

https://www.dielinke-dresden.de

https://sachsen.rosalux.de/

AUSSENPOLITIK

Sanktionen während der Pandemie sind zynisch

Im globalen Kampf gegen die Corona-Pandemie fordert DIE LINKE die sofortige Aufhebung der Wirtschaftssanktionen gegen Iran, Syrien und Venezuela. Die Länder müssen umgehend Zugang zu den internationalen Märkten für den Kauf notwendiger medizinscher Geräte und Arzneien erhalten.

Die Fortführung der Embargomaßnahmen gegen Iran, einen Hotspot der Corona-Krise, ist unverantwortlich. Die Bundesregierung muss mit ihren EU-Partnern, Russland und China gegenüber den USA auf ein Ende der von Präsident Donald Trump verhängten Iran-Sanktionen drängen und dem Land Unterstützung im Kampf gegen die Pandemie anbieten.

Syrien braucht dringend internationale Unterstützung. Die Sanktionen der EU blockieren den Wiederaufbau des Landes und des Gesundheitssystems.

Die Aufrechterhaltung der von den USA und der EU einseitig verhängten Sanktionen gegen Venezuela konterkariert die medizinischen Hilfsmaßnahmen Kubas und Chinas für das lateinamerikanische Land im Kampf gegen das Corona-Virus. Nach Schätzung des Washingtoner Center for Economics and Policy Research (CEPR) sind infolge der 2017 verhängten transatlantischen Sanktionen gegen Venezuela über 40.000 Menschen gestorben. Einseitige Wirtschaftssanktionen stellen eine Kollektivbestrafung der Bevölkerung dar und sind gemäß der Genfer Konvention als auch der Haager Landkriegsordnung verboten.

Sevim Dagdelen

Arbeit als Klimakiller

»Arbeit ruiniert die Welt« war 1989 der provokante Untertitel eines Buches des Umweltjournalisten Christian Schütze, mit dem er vor den ökologischen Folgen einer unreflektierten Arbeitsethik warnte.

Konsterniert und wie erschlagen sitze ich auf der Terrasse des kleinen Hotels in Jakarta und versuche, das Kratzen im Hals mit Bier wegzuspülen. Die indonesische Hauptstadt ist atemberaubend - im wahrsten Sinne des Wortes. 30 Millionen Menschen leben im Großraum Jakarta, 10 Millionen davon im ursprünglichen Stadtgebiet. Nahverkehr und Individualverkehr finden fast ausschließlich mit Auspuff statt. Hinzu kommen zahlreiche Industriebetriebe und die Ausdünstungen der offenen Kanalisation, durch die das Abwasser ungeklärt ins Meer fließt, die Böden sind in höchstem Maße mit Schwermetallen verseucht. »Greta kann aufhören, der Weltuntergang hat begonnen - hier!«, schreibe ich in einem Anflug von Resignation angesichts des desaströsen Zustandes der Stadt einer Freundin per SMS.

> Die Welt ist ein Meer
> voller Wunder.
> Und die Sehnsucht ihr
> schönstes Gedicht.
> Und man stellt sie voll mit
> Dreck und Plunder.
> Zerkratzt mit Kriegen ihr
> Gesicht.
> *(Wenzel)*

Anderswo auf der indonesischen Hauptinsel Java sieht es nicht besser aus. 145 Millionen Menschen - über die Hälfte aller Indonesier also - leben auf einem Territorium, das nur unwesentlich größer als Ostdeutschland ist. Man kann sich vorstellen, was zu deren Versorgung auf den Straßen an Gütern bewegt wird - die antiquierte Eisenbahn spielt dabei kaum eine Rolle.

Wirtschaftlich prosperiert das Land: Seit dem Ende der Asienkrise 1998 Jahre boomt Indonesien ökonomisch unaufhörlich - und zerstört sich dabei selbst. Der verschwindende Regenwald auf Borneo, die mit Plastik vermüllten Strände der Javasee, an denen man nicht mal den Fuß ins trübe Wasser halten mag und die weite Verbreitung von Erkrankungen der Haut und der Atemwege sind beredtes Zeugnis dafür. Es ist letztendlich der kritiklose Import westlicher Lebensart, gepaart mit Ausbeutung und Export einheimischer Rohstoffe, die das Land in die ökologische Katastrophe treiben. Nirgendwo sonst habe ich derart viel schreiende Werbung für den nutzlosesten Kram gesehen, wie im indonesischen Fernsehen.

Dr Kampf des Profits gegen das Klima

»Die Hauptursache der Klimakatastrophe ist überflüssige Arbeit« schrieb der emeritierte Wirtschaftsprofessor Günther Moewes dieser Tage in einem Gastbeitrag der Frankfurter Rundschau. »40 bis 60 Prozent aller weltweit geleisteten Arbeit sind überflüssig, vermeidbar oder sogar schädlich. Und sie sind Hauptursache der Klimakatastrophe« schreibt Moewes. Wer sich ehrlichen Auges umsieht, auch bei sich selbst - ob nun n Keller, Garage oder Kleiderschrank - wird ihm wohl recht geben müssen. Und weiter: »Schuld daran ist eine Ökonomie, die grundsätzlich alles, was Klima rettet, als Katastrophe definiert: Arbeitseinsparung, Nullwachstum, Konjunktureinbruch, Handelsbeschränkungen, Protektion. Es ist der ewige Kampf des Profits gegen das Klima.«

Das Meer wirft zurück, was man ihm antut. Aber bei weitem nicht alles.

(Nicht nur) wir Linke beschwören oft genug die Wichtigkeit des Bekämpfens von Fluchtursachen, zu denen wir auch den Klimawandel rechnen. Das ist natürlich auch völlig in Ordnung. Krieg und Elend waren für uns ohnehin nie akzeptabel. Das Problem ist nur: Selbst wenn Krieg und Elend weltweit verschwunden wären, ist mit dem Klima noch immer nichts in Ordnung. Ganz im Gegenteil. Schon jetzt ist erwiesen, dass es in der Mehrzahl nicht die ganz Elenden, sondern die (nach dortigen Maßstäben) eher besser situierten und gebildeteren Schichten aus den armen Ländern sind, die nach Europa drängen. Menschen orientieren sich nach oben. Dieses Oben ist für die hier ankommenden Migrant*innen die westliche Lebensqualität - und damit auch deren Ressourcenverbrauch. Was mit dem Klima geschieht, wenn ein derartiges, ökonomisches Aufstiegsversprechen auch in den jeweiligen Herkunftsländern Erfüllung verhieße (Afrika hat inzwischen 1,2 Milliarden Einwohner), möchte man sich lieber nicht vorstellen. Zumindest nicht nach ein paar Tagen Jakarta, wo - nebenbei gesagt - trotz boomender Wirtschaft und einem Grad an Digitalisierung, vor der man als Deutscher staunend steht - noch immer zehntausende Menschen in Slums oder auf und von Müllhalden leben.

Aufgaben der LINKEN weltweit

Aufgabe der westlichen Gesellschaften im Allgemeinen - und deren Linken im besonderen - muss es also sein, einen gehörigen Spagat hinzubekommen. Einerseits müssen wir uns selbst, wie auch dem »Rest der Welt« erklären, dass unser Lebenswandel nicht mehr haltbar ist. Ersteres dürfte das schwierigere sein. Andererseits ist den Kapitalisten zu vermitteln, dass all ihre Apps auf dem dafür erforderlichen Betriebssystem nicht laufen werden und der Begriff der Wertschöpfung völlig neu definiert werden muss. Auch nicht ganz einfach, in einer Welt, in der auch nur der Ansatz einer gesellschaftlichen Utopie inzwischen an Provinzgerichten als Terrorismus verhandelt wird.

Uwe Schaarschmidt

Femizide sichtbar machen!

»Familiendramen« als das benennen, was sie sind: Mord!

Der Frauenkampftag am 8. März steht für den Kampf für gleiche Rechte von Frauen. Im Kampf für Gleichberechtigung wurde schon vieles erreicht: Dinge wie das Wahlrecht für Frauen, das Verbot von Vergewaltigung in der Ehe und dass Frauen Frauen heiraten dürfen, sind wichtige Errungenschaften. Trotzdem gibt es noch viel zu tun. Ein gravierendes Problem, für das es in der breiten Öffentlichkeit noch immer viel zu wenig Bewusstsein gibt, sind Femizide – Morde an Frauen wegen ihres Geschlechts. 2018 wurden in Deutschland 122 Frauen von ihrem Partner oder Ex-Partner ermordet. Jeden Tag versucht in Deutschland ein Mann seine (Ex-)Partnerin umzubringen. Statt von Mord liest man dann oft von Eifersuchts- oder Beziehungstaten. Die Täter erhalten Strafminderung, wenn sie aus Eifersucht gehandelt haben, sie werden nicht wegen Mord, sondern wegen Körperverletzung mit Todesfolge oder Totschlag angeklagt. Ein Mann, der seine Partnerin umbringt, ist ein Mörder. Solange diese Taten weiter relativiert werden und den Opfern eine Mitschuld gegeben wird, ist Gewalt gegen Frauen nicht nur ein gesellschaftliches, sondern auch ein institutionelles Problem.

Gewalt gegen Frauen ist alltäglich

Um darauf aufmerksam zu machen, haben wir, im Rahmen des Frauenkampftags, am 7. März unter dem Motto »Femizide sichtbar machen« drei Mahnwachen abgehalten: Am Albertplatz, auf der Prager Straße und auf dem Neumarkt. Dafür hatten wir vorher ein Denkmal gebaut: 5 riesige pinke Holzkreuze sollen an die Opfer von Femiziden erinnern. Bei den Mahnwachen verlasen wir jeweils die Hintergründe zu allen 122 Morden im Jahr 2018. Um der getöteten Frauen zu gedenken, haben wir Blumen niedergelegt und Grabkerzen angezündet. Außerdem haben wir Redebeiträge gehalten und Flyer mit Hintergrundinformationen an Passant*innen verteilt. Leider wurde während unserer Mahnwache auf der Prager Straße ein Mitglied der linksjugend körperlich angegriffen, als sie einem Passanten einen Flyer anbot: der Mann schlug ihr mit dem Flyer ins Gesicht. Die Person ist zum Glück unverletzt, trotzdem haben wir Anzeige gegen den Täter erstattet. Dass ein solcher Übergriff gerade im Rahmen einer Aktion gegen Gewalt gegen Frauen stattfindet, zeigt wie wichtig unsere Aktion war und dass Gewalt gegen Frauen leider noch immer alltäglich ist.

Annina Hermes

Mahnwache der Linkgsjugend im Rahmen des Frauenkampftages

Lasst uns der getöteten Frauen gedenken.

Protest gegen das Gedenken auf dem Heidefriedhof

Deutsche Täter*innen sind keine Opfer – eine Klarstellung der Dresdner Linksjugend zu den Geschehnissen am 13. Februar

Da wir auf verschiedenen Wegen auf unsere Kundgebung auf dem Heidefriedhof am 13.02. angesprochen wurden, möchten wir hier gerne Stellung dazu beziehen. In verschiedenen Artikeln wird unsere Veranstaltung »Deutsche Täter*innen sind keine Opfer« als Störveranstaltung diffamiert. Am 75. Jahrestag der Bombardierung Dresdens hielt der Verein »Denk mal Fort« auf dem Dresdner Heidefriedhof eine Namenslesung von ca. 4000 identifizierten Toten ab. Gegen diese Lesung richtete sich unsere Veranstaltung. Die Kundgebung fand an der Säule »Dresden« am Rondell statt. Das Rondell wurde in den 60er Jahren fertig gestellt und ist nur ein Ausdruck des Opfermythos der Stadt. In der Mitte steht eine Opferschale, welche von 14 Säulen umrangt wird: 7 Säulen mit den Namen von zerbombten Städten sowie von 7 Konzentrationslagern, wodurch Dresden unkommentiert in einer Reihe mit Auschwitz, weiteren Konzentrationslagern, sowie von Deutschland zerbombten Städten steht.

Widerworte auf dem Heidefriedhof

Der Name unserer Veranstaltung soll folgendes verdeutlichen: Täterinnen und Täter, also diejenigen die Mitglied der NSDAP waren oder dieseunterstützt haben, Mitglieder der SS, alle Denunziant*innen sind keine Opfer des Krieges, sondern für den Krieg verantwortlich. Diese sind nicht mit Opfern des nationalsozialistische Terrorregime gleichzusetzen.

Gleichmacherei nach keiner Seite hin.

Wir sagen mitnichten, dass alle Dresdnerinnen und Dresdner Nazis waren. Dies würde auch unserem Grundanliegen widersprechen, dass nicht alle Opfer der Bombardierung gleichgemacht werden sollen. Unsere Kundgebung verlief von Beginn bis zum Ende ohne Störungen. Von Autonomen Gruppen aus Dresden gab es eine Intervention direkt bei der Namenslesung (mittels Banner und Durchsagen aus kleinen Lautsprechern), welche aber ebenso friedlich beendet wurde.

Während unserer Kundgebung wurde aus der Ausstellung »19 aus 19.000«, die sich mit 19 Biografien von 19.000 identifizierten Bombenopfern beschäftigt, verlesen. Darunter Täter aber auch Opfer der Nationalsozialisten, um auf die Unterschiedlichen Rollen der Opfer der Bombardierung hinzuweisen. Zusätzlich verlasen wir Texte, welche im Rahmen des Täterspurenmahngangs von Dresden Nazifrei entstanden sind. Wenn ihr Fragen/Meinungen zu der Aktion habt, kommt gerne auf uns zu, wir diskutieren gerne mit euch darüber...

Franziska Fehst

Kroatien: »Hier gibt es kein Asyl«

Zum Leiden der Menschen auf der so genannten Balkanroute

Die EU schottet sich ab. An der Peripherie stauen sich die Opfer ihrer geopolitischen Interessen.

Zum 1. Januar übernahm Kroatien die EU-Ratspräsidentschaft. Dies war für uns, vier Europaabgeordnete unserer europäischen Linksfraktion (Malin Björk (Schweden), Miguel Urban Crespo (Spanien) und Özlem Demirel (DIE LINKE)) Anlass uns ein Bild davon zu verschaffen, wie Kroatien mit den Flüchtlingen an der Grenze zu Bosnien umgeht und die EU-Standards einhält. Zudem wollten wir den Vorwürfen der Menschenrechtskommissarin des Europarats nachgehen, wonach insbesondere kroatische Polizeikräfte seit Monaten auf brutale, erniedrigende und menschenverachtende Art und Weise systematisch Asylsuchende aufgreifen und illegal auf bosnisches Territorium bringen.

Verzweifelte Menschen sind Spielball politischer Interessen.

Auf unserem Programm standen Treffen mit Geflüchteten, zivilgesellschaftlichen Akteuren wie NGOs und Anwälten, Treffen mit Regierungsstellen in Kroatien und Bosnien, staatlichen Einrichtungen wie der kroatischen Ombudsfrau, internationalen Organisationen wie UNHCR und IOM sowie Besuche vor Ort in verschiedenen Aufnahmelagern sowie an ausgewählten Grenzpunkten.

Die geplanten Treffen mit den kroatischen Regierungsvertretern und -institutionen wurden uns leider jedoch am Vortag der Abreise abgesagt. Ebenso wurde uns der Zutritt zu offenen und geschlossenen Aufnahmeeinrichtungen in Kroatien verwehrt.

Wir konnten auf dieser Reise so viele direkte Gespräche mit Geflüchteten führen, wie noch nie zuvor. Dabei bestätigten unsere Gesprächspartner mit den Schilderungen ihrer persönlichen Erfahrungen immer wieder, was wir in den Berichten gelesen hatten. In all unseren Gesprächen haben wir keinen einzigen Geflüchteten getroffen, der von Polizeigewalt verschont geblieben war, sie nicht am eigenen Leib erfahren hatte. »Hier gibt es kein Asyl«, so zitiert ein Mann einen kroatischen Polizisten, an den er sich gewandt hatte, um einen Asylantrag zu stellen. Und so »stranden« die Menschen in Bosnien. Das Ausmaß an menschlicher Verzweiflung und Tragik, auf das wir gestoßen sind, übertrifft alles, was wir in 10 Jahren als Asylpolitikerinnen in der EU gesehen haben.

Bericht widerspricht EU-Kommission.

Politisch geht es um die Frage des Schengen-Beitritts Kroatiens. Die EU-Kommission drückt öffentlich die Augen zu und bescheinigt Kroatien, alle Kriterien zu erfüllen. Unser Bericht widerspricht dieser Einschätzung. Hier werden eklatante Menschenrechtsverletzungen begangen.

Wir brauchen dringend einen vernünftigen und fairen Mechanismus, über den Menschen, die in Griechenland ankommen, in anderen EU-Staaten unterkommen können.

Cornelia Ernst, Lorenz Krämer

MITTENDRIN
Sozialistische Schrift für Dresden

Impressum

Herausgeber
DIE LINKE. Dresden
Großenhainer Straße 93
01127 Dresden

Kontakt
Telefon: 0351/8583801
kontakt@dielinke-dresden.de
www.dielinke-dresden.de

V.i.S.d.P.
Uwe Schaarschmidt

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich das Recht auf sinnwahrende Kürzungen vor.

Autor*innen dieser Ausgabe
Jens Matthis, Anne Holowenko, Dorit Hollasky, Steve Hollasky, Uwe Schaarschmidt, Susanne Hennig-Wellsow, Ingrid Körner, Jaqueline Muth, Marcel Kunzmann, Bernd Riexinger, Katja Kipping, Sevim Dagdelen, Anina Hermes, Franziska Fehst, Dr. Cornelia Ernst, Lorenz Krämer

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich das Recht auf sinnwahrende Kürzungen vor.

Bildnachweise
Michael Werner/pixelio.de (1), Uwe Schaarschmidt (2), Katja Kipping (3), Die LINKE Thüringen (3), Anne Garti/pixelio.de (4), Jacqueline Muth (4).Ad Meskens/wikimedia.org (5),Frank C. Müller/wikimedia.org (5),TorstenKlemm/pixelio.de(6),linksjugend Dresden (7), Andrea Schmidt by wikimedia.org (8)

Gestaltung und Satz
Norbert Engemaier

Druck
LR Medienverlag und Druckerei GmbH

Auflage
Die Papierausgabe wird in einer Auflage von 3000 Exemplaren gedruckt.

Redaktionsschluss
09.03.2020
Die nächste Ausgabe erscheint voraussichtlich am 23.4.2020

Unterstützung
Die Zeitschrift »Mittendrin« kann kostenfrei abonniert werden. Wir freuen uns jedoch über eine Spende, mit der Sie das Erscheinen unserer Zeitung unterstützen.

Spendenkonto:
DIE LINKE. Dresden
IBAN: DE94 8505 0300 3120 1714 16
Ostsächsische Sparkasse Dresden

DIE LINKE.
Stadtverband Dresden

IM GESPRÄCH MIT

Pia Barkow

Was hat dich damals motiviert für den Stadtrat zu kandidieren?
Mir hat es immer schon Spaß gemacht mitzugestalten, Ideen zu entwickeln und diese schließlich auch umzusetzen. Die Kommunalpolitik war damals – und ist es noch heute – besonders reizvoll, da hier der Kontakt zu Bürger*innen, Vereinen oder Nachbarschaftsinitiativen sehr nah ist. Viele Dinge lassen sich auf kurzem Wege angehen.
Wir bewegen uns in der Kommunalpolitik zwar immer in einem Rahmen aus Bundes- und Landesgesetzen, aber irgendeinen Handlungsspielraum gibt es eigentlich immer. Hier müssen wir als Stadträt*innen nur das richtige Handwerkszeug und eine gute Herangehensweise finden. So lassen sich Ideen oft tatsächlich umsetzen.
Außerdem finde ich es total spannend über den Dresdner Tellerrand zu schauen, was andere Kommunen machen. Oft gibt es bereits gute Konzepte in anderen Städten, die wir in ähnlicher Form auf Dresden übertragen können.

Was hat sich aus deiner Sicht mit Beginn der neuen Wahlperiode verändert?
Natürlich war es in der letzten Wahlperiode für uns viel leichter, eigene Projekte umzusetzen. Gerade in der Sozialpolitik hatten wir eine gute rot-grün-rote Zusammenarbeit und konnten so zahlreiche Vorhaben mit unserer Mehrheit umsetzen, ohne schmerzliche Kompromisse eingehen zu müssen – z.B. das Sozialticket, die Ombudstelle im Jobcenter, finanzielle Förderungen für soziale Projekte und vieles mehr. Nun brauchen wir für alle Vorhaben Stimmen von der FDP oder der CDU, die von Sozialpolitik meistens eine ganz andere Vorstellung haben. Oft wissen wir erst kurz vor der Abstimmung, ob ein Antrag durchgeht.

Stadträtin Pia Barkow sitzt im Ausschuss für Soziales und Wohnen

In der Sozialpolitik haben wir unsere Zusammenarbeit mit Grünen und der SPD etwas umgestellt, wir sprechen uns nun sehr viel intensiver über Strategien und Vorgehensweisen zur Mehrheitsgewinnung ab.

Das Interview führte Jana Neveling

Wie Vonovia Cash generiert

Der zweite Profiteur ist der Staat

Eines der vielen Vonovia-Objekte in Dresden (Sternplatz, Altstadt)

In der letzten Ausgabe wurde darüber berichtet, wie die Dresdner Wobas mit einer halben Milliarde Euro beliehen worden sind und das geliehene Geld an den Vonovia-Konzern weitergereicht wurde.

Kredite in Bilanz drücken um das Geld an die Shareholder auszuschütten

Das Beleihen von verpfändbarem Anlagevermögen wie Immobilien gehört zum gängigen Vorgehen von Geschäftsführungen, um möglichst viel Gewinn über Erlöse wie Mieteinnahmen hinaus zu generieren und auf Pump an die Aktionäre auszuschütten. Die Aktionäre der Vonovia sind in dem Fall derzeit drei Viertel Streubesitz sowie die üblichen Verdächtigen: BlackRock, Norges Bank, FMR (Fidelity), APG und DWS. Die per Kredit erworbenen liquiden Mittel werden also nicht oder nicht nur für neue Investitionen verwendet, sondern ganz oder zum Teil an die Aktionäre ausgezahlt, während die Firma auf den Schulden für die Zukunft sitzen bleibt.

Buchgewinne erzeugen kein Geld, sondern dienen als Sicherheit für Kredite

Möglich wird das durch Buchgewinne. Bei Wohnungsgesellschaften erzeugen höhere Mieten einen höheren Wert der vermieteten Immobilien, die nicht mehr nach dem Zeitwert, sondern dem Ertragswert bewertet werden. Steigt die Miete, steigt in der Bilanz der Wert des vermieteten Hauses. Da dieser Gewinn in der Bilanz kein Bargeld erzeugt, sondern eben nur einen Buchgewinn, rennt man mit dieser Information auf eine Bank, und beleiht den höheren Wert der Immobile, die als Sicherheit gilt. Vernachlässigt wird dabei, dass eine Immobilie eigentlich abgeschrieben wird, um den auflaufenden Sanierungsbedarf abbilden zu können. Gefährlich wird es, wenn die Mieten sinken, denn dann müssen auch die Angaben in der Bilanz korrigiert werden und es kann eine bilanzielle Überschuldung eintreten.

Buchgewinne müssen versteuert werden

Diese kurzsichtige und riskante Vorgehensweise hat noch einen weiteren Nachteil. Die Buchgewinne müssen als Ertrag versteuert werden. In einem Gutachten für DIE LINKE im Bundestag, die Senatsfraktion in Berlin und die Fraktion im Hessischen Landtag hat dies Professor Bontrup untersucht. Demnach beliefen sich von 2012 bis 2017 die Ertragssteuerzahlungen auf diese Buchgewinne der Vonovia auf knapp vier Milliarden Euro. Zweiter Profiteur beim Mietenwahnsinn nach den Aktionären ist also der Staat, der hier bei der Gewinnausschüttung die Hand aufhält und einen Anteil selbst einnimmt. Dies ist trügerisch, denn ändern sich die Zeiten und geraten die finanziell ausgepressten Gesellschaften in die Schieflage, wird mit Sicherheit nach Staatsgeld gerufen werden, damit die kreditgebenden Banken ihre Kredite nicht abschreiben müssen.

Heftiger Widerstand gegen Mietpreisbremsen und Mietendeckel

Dieses Modell der kreditfinanzierten Gewinnmaximierung über »ehrlich« eingenommenes Geld hinaus erklärt, warum sich die Wohnungswirtschaft mit Händen und Füßen gegen jede Beschränkung von Mieterhöhungen und gegen Mietsenkungen wehrt. Zum einen können in Zukunft keine neuen Buchgewinne generiert werden, zum anderen könnten notwendige Wertberichtigungen der Immobilienbestände zu einer bilanziellen Überschuldung führen. Mietsenkungen könnten sogar zu Zahlungsausfällen führen.

Tilo Wirtz

STÄDTEPARTNERSCHAFT

Eindrücke aus Brazzaville

Im Februar war eine Delegation aus Dresden in der Partnerstadt Brazzaville in der Republik Kongo. Unter der Leitung von Oberbürgermeister Hilbert wurde dort ein intensives Besuchs- und Diskussionsprogramm wahrgenommen. Ich konnte Teil der Delegation sein, die ansonsten aus Amts- und Schulleiter*innen, einem Vertreter der Dresdner Gartenfreunde, Stadträt*innen anderer Fraktionen und Geschäftsleuten bestand.

Die Reise war der Auftakt für eine Widerbelebung der Städtepartnerschaft. Diese besteht seit 1975 und wurde doch viele Jahre nicht gepflegt. Das soll sich nun ändern und dafür wollten wir einen Einblick in das Leben der afrikanischen Stadt bekommen. Der dortige Oberbürgermeister Okemba hieß uns herzlich willkommen und verschwieg uns auch die schwierigen Seiten der Stadt nicht. Wir haben eine Grundschule besucht, wo 2500 Schüler in Barracken unterrichtet werden. Ohne Strom, Wasser, Türen und mit kaputten Pulten.

Bild eines Schulraumes in Brazzaville

Darüber hinaus besuchten wir das Jugendsymphonieorchester, dem es jedoch an Instrumenten, Noten und Know-How fehlt. Beeindruckend war das Thema des Gartenbaus. Obwohl der Kongo eines der fruchtbarsten Länder der Welt ist, wird nur ein Bruchteil der landwirtschaftlichen Fläche bestellt und Nahrung muss importiert werden. In Brazzaville entstehen in den letzten Jahren Kampagnen zum städtischen Gartenbau. In Vorschulen bekommt jedes Kind sein eigenes Beet und es existieren Flächen, die wie unsere Gartensparten bewirtschaftet werden. *Magnus Hecht*

Die 5G-Technologie

Sachstand in Politik und Wirtschaft - der mühsame Weg zum schnellen Internet – Teil 2 des Beitrages zum Mobilfunk.

Wird in Dresden kontrovers diskutiert: der neue 5G Standard für die Datenübertragung in mobilen Netzen.

Die im Jahr 2019 vom Bund versteigerten Nutzungsrechte für die Frequenzbänder sind keine technische Neuheit und brachten dem Bund rund 6,5 Milliarden. WLAN-Router arbeiten bereits seit Jahren in diesem Frequenzbereich. Die höheren Frequenzbereiche (etwa bis 30 GHz) haben, dort wo sie überhaupt gebaut werden, eine extrem geringe Reichweite mit rund 500 Metern und sind somit vor allem für eng begrenzte Areale angedacht, auf denen häufig viele Menschen gleichzeitig ihr Smartphone nutzen (z.B. Fußballstadien, Messen, Flughafenhallen). Für normale Nutzer*innen wird 5G nicht von heute auf morgen verfügbar sein, denn nur wenige Smartphones sind überhaupt mit 5G kompatibel. Somit wird dieser Standard für längere Zeit nur den wohlhabenderen Kund*innen zur Verfügung stehen und ein Großteil der bekannten Anwendungsfälle liegt noch immer in der Industrie. Es ist aber festzuhalten, dass ein Bürger*innenentscheid nicht zielführend wäre, da es im Erfolgsfall nur zu einer Verschiebung auf private Flächen führen würde. Im schlimmsten Fall sind die Funklöcher dann auf kommunalen Flächen wie beispielsweise der Dresdner Messe oder im Dynamo-Stadion. Die Freien Wähler sind mit ihrem Antrag dafür nun zurückgerudert, da dies auch von den Stadtbezirksbeiräten und Ortschaftsräten nicht gewünscht ist.

Die Landeshauptstadt Dresden will mit dem Förderprogramm des Bundes den Breitbandausbau vorantreiben. Voraussetzung für einen Mittelabfluss ist aber die tatsächlich erbrachte (Bau)Leistung. Zusätzlich gibt es das mit Eigenmitteln finanzierte Glasfasernetz-Ausbauvorhaben »Stadtnetz 500+« für eine schrittweise Anbindung der kommunalen Einrichtungen bis 2024.

Deutschland hängt in vielen Bereichen der Digitalisierung administrativ und politisch hinterher und landet auch im europäischen Ländervergleich auf den hinteren Plätzen.

Das hätte jedoch auch anders sein können. Unter dem SPD Bundeskanzler Helmut Schmidt gab es 1981 einen 30-Jahresplan für ein bundesweites flächendeckendes Glasfasernetz. Das stoppte die Kohl-Regierung für einen Kabelausbau. Grund dafür waren die geringeren Kosten und der Wunsch mit privatem Kabelfernsehen der »linken Schlagseite des öffentlich-rechtlichen Fernsehens« etwas entgegensetzen zu können. Danke dafür, CDU!

Katharina Hanser

VERKEHRSWENDE

Linke startet Antragsinitiative

Am 14.02.2020 hat der Bundesrat eine weitere Novelle der Straßenverkehrsordnung verabschiedet. Darin enthalten sind wichtige neue Regeln zu Verkehrssicherheit und Förderung des Radverkehrs sowie zum Carsharing. Die Fraktion will nun mit einem Antrag dafür sorgen, dass sich die Verwaltung von Anbeginn an und zügig mit den neuen Möglichkeiten beschäftigt und sie umsetzt. Dazu werden Prüfaufträge erteilt, über deren Ergebnis dem Stadtrat zu berichten ist. Dazu gehören u.a. Rechtsabbiegerpfeil für Radverkehr, Überholverbot auch für einspurige Fahrzeuge, Carsharingparkplätze, Radfahrzonen mit dem Radverkehr untergeordnetem motorisiertem Verkehr (prioritär für die Äußere Neustadt). Mehr dazu in der nächsten Zeitungsausgabe. *Die Redaktion*

Tilo Wirtz stellt die Antragsinitiative vor.

SCHULEN

Standortentscheidung Gymnasium Gorbitz

Der Fraktion DIE LINKE ist das Gymnasium in Gorbitz von besonderer Wichtigkeit, um den dort wohnhaften Schülerinnen und Schülern den direkten Zugang zu einem Gymnasium zu ermöglichen – ein wichtiger Beitrag zur Bildungsgerechtigkeit. Die Empörung war groß, als der ehemalige Bildungsbürgermeister vor seinem Abschied aus der Dresdner Kommunalpolitik mit Hilfe einer Vorlage das Gymnasium in die Innenstadt zu verlegen versuchte. Glücklicherweise wurde vor kurzem bekannt, dass die Verwaltung aufgrund der enormen Empörung die Vorlage zurückzog – das Gymnasium bleibt somit vorerst in Gorbitz. *Die Redaktion*

Bildungsgerechtigkeit verbessern!

Zu Beginn diesen Jahres wurde der 3. Bildungsbericht der Stadt Dresden vorgelegt. Ein Bericht über die zusammengefassten Ergebnisse und den Arbeitsauftrag an unsere Fraktion.

Die Fraktion DIE LINKE setzt sich für die Chancengleichheit aller Kinder und Jugendlichen ein.

Anhand des aktuell veröffentlichten Bildungsberichts wird deutlich, dass die Bildungschancen von Dresdner Kindern nach wie vor stark von ihrem Wohnort und ihrer sozialen Herkunft abhängig sind. Bei insgesamt leicht gestiegenem Bildungsniveau haben sich die Probleme vor allem in Prohlis und Gorbitz, aber auch in Reick, Leuben und der Johannstadt verschärft. Die Ursachen hierfür liegen vor allem in der mangelnden sozialen Durchmischung dieser Stadtteile begründet. Durch die günstigen Mieten wohnen dort oftmals Familien mit einem vergleichsweise niedrigen Einkommen, was sich nachweislich negativ auf den Bildungserfolg von Kindern auswirkt. Besuchen diese Kinder in der Folge gemeinsam Schulen und Kindertageseinrichtungen, verschärft sich dieser Effekt noch mehr. Die soziale Vielfalt ganzer Stadtbezirke kann so in eine Schieflage geraten, die sich nur schwer wieder ausbalancieren lässt.

Bildungserfolg muss unabhängig vom Einkommen sein.

Der Auftrag, den wir für unsere Arbeit im Stadtrat daraus ableiten können, ist eindeutig: Wir werden als LINKE mit unserer nachhaltigen Wohnungsbaupolitik weiterhin dafür sorgen, dass es zu einer besseren sozialen Durchmischung in Dresden kommt. Dies kann uns einerseits durch den Bau von Sozialwohnungen gelingen, welche wir besonders in Stadtteilen mit niedriger sozialer Belastung errichten wollen. Zu nennen wären hier die Gewinner des Dresdner Bildungsberichtes Striesen, Blasewitz, Loschwitz oder Plauen. Ein weiterer wichtiger Punkt ist die dauerhafte Einrichtung eines Gymnasiums in Dresden Gorbitz. Wir werden die Umsetzung dieser Standortentscheidung konsequent verfolgen. Dies ist ein wichtiges Zeichen für die Menschen in diesem sozial stark belasteten Stadtteil. Bei uns wird niemand abgeschrieben! Alle Kinder verdienen eine gute und auf ihre Bedürfnisse zugeschnittene Bildung. Unser Ziel ist es, dass bereits im kommenden Bildungsbericht erste Erfolge sichtbar werden. Bildungsgerechtigkeit ist ein Grundpfeiler des sozialen Friedens in unserer Gesellschaft. Die konsequente Beseitigung von sozial bedingten Bildungsschranken ist deshalb dringend notwendig. *Anne Holowenko*

STUDENTENLEBEN

Umzugsbeihilfe

Seit 2001 gibt es in Dresden die sogenannte »Umzugsbeihilfe« für Studierende, die ihren Hauptwohnsitz in Dresden melden. Die einmalige Zahlung von 150€ sollte die Studierenden dazu ermutigen, sich umzumelden - eine Zweitwohnsitzsteuer gab es zu diesem Zeitpunkt in Dresden noch nicht. Mit einer Vorlage, die das erste Mal im Januar 2020 im Stadtrat diskutiert werden sollte, obwohl diese schon seit Frühjahr 2019 existierte, sollte diese Umzugsbeihilfe abgeschafft werden. Das Problem: Die Stadtverwaltung hat schon vor dem Beschluss entschieden, keine Anträge mehr anzunehmen und das obwohl der Antrag nicht rückwirkend ist und offen mit der Beihilfe geworben wird. Dagegen gab es zu Recht Protest von den Studierenden, aber auch von unserer Fraktion. Auch der Studierendenrat der TU Dresden war sehr aktiv und hat nach einer Rücküberweisung des Antrages in die Ausschüsse, die Anträge auf Umzugsbeihilfe selbst eingesammelt und der Verwaltung übergeben.

Eigenleben der Verwaltung gestoppt

Auf der letzten Stadtratssitzung wurde nun die Aufhebung der Richtlinie zur Umzugsbeihilfe zum 01. Januar 2021 beschlossen. Damit muss die Verwaltung alle bis jetzt fristgerecht eingereichten

Wenn die Kisten gepackt sind, das Amt sich jedoch sträubt: DIE LINKE hilft.

Anträge auf Umzugsbeihilfe bearbeiten, denn die Studierenden dürfen nicht dafür bestraft werden, dass der Antrag offenbar auf die lange Bank geschoben wurde.

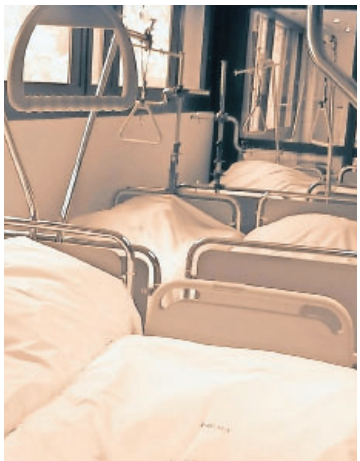
Eine für Studierende attraktive Stadt

Wir werden uns auch weiter dafür einsetzen, dass die Gelder, die damit frei werden, den Studierenden über das Studierendenwerk zur Verfügung gestellt werden, zum Beispiel im Rahmen der Kulturförderung. *Caroline Lentz*

GANZ HINTEN LINKS

Experten!

Die Schlagzeile ist noch nicht lang her: »Eine bessere Versorgung ist nur mit halb so vielen Kliniken möglich.« Das war die Aussage, mit der die »Experten« von der Bertelsmann-Stiftung vor einem halben Jahr für eine grundlegende Umgestaltung der deutschen Krankenhauslandschaft. Schon



Sollten wegrationalisiert werden: Krankenhausbetten als Reserve für Notfälle

seit zwei Jahrzehnten warben Wirtschaftsberatungsunternehmen(!) immer wieder Krankenhausbetten abzubauen, wohlgemerkt nicht nur die Betten als solches, sondern auch das dazugehörige Personal. Auch die städtischen Kliniken in Dresden in Friedrichstadt, Trachau, Löbtau und am Weißen Hirsch wurden immer wieder von solchen guten Ratschlägen heimgesucht. Die Berater woll(t)en natürlich immer nur das Beste für die Stadt.

Jeder weiß: Es scheint für ein städtisches Klinikum nämlich kein größeres Problem zu geben als die Frage, ob durch die Behandlung der Patienten ein Gewinn erwirtschaftet wird oder ob ein Zuschussbedarf besteht, weil die von den Krankenkassen gezahlten »Preise« für die Behandlungen, die sogenannten DRGs (Fallpauschalen) nicht alle realen Kosten decken.

Genauer gesagt: Es SCHIEN so. Seit letzter Woche ist komischerweise alles anders. *Jens Matthis*

BÜRGERBETEILIGUNG

Absurdes im Petitionsausschuss

Alle Bürger*innen können sich an die Stadt mit einer schriftlichen oder elektronischen Petition wenden und ihr Anliegen vortragen. In der letzten Sitzung des Ausschusses für Petitionen und Bürgerbeteiligung hat sich ein Bürger mit der Bitte an den Stadtrat gewandt, eine Regelung zur Begrenzung der Anzahl der Wahlplakate in der Stadt auf den Weg zu bringen. Bezug genommen hat er explizit auf die teilweise acht oder mehr übereinander gehangenen Plakate der AfD, die aus seiner Sicht das Stadtbild verschandeln.

Vor Beginn der Sitzung brachte ein AfD-Stadtrat zwei Wahlplakate der LINKEN mit, vermutlich hat er sie unrechtmäßig während des letzten Wahlkampfes entfernt – oder kurz: Diebstahl. Was er damit zum Ausdruck bringen wollte, haben wir leider nicht erfahren, da wir die Plakate der Eigentümerin noch vor Sitzungsbeginn übergeben konnten. Auch während der Sitzung hat sich die AfD, wie so oft, nicht zum Thema geäußert.

Als SPD, Grüne und LINKE Vertreter*innen fanden wir das Anliegen des Bürgers berechtigt und hätten gern weiter über eine mögliche Regelung diskutiert, verhindert haben das aber CDU, FDP, AfD und Freie Wähler. *Christopher Colditz*

Eines unserer Wahlplakate aus dem letzten Jahr.

GESCHÄFTSSTELLE

Neuer Mitarbeiter

Norbert Engemaier war von 2014 bis 2019 Stadtrat unserer Fraktion

Seit Anfang März hat die Fraktionsgeschäftsstelle einen neuen Mitarbeiter – dieser ist jedoch kein Unbekannter. Der ehemalige Stadtrat Norbert Engemaier unterstützt nun tatkräftig den Bereich der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit und ist unter anderem für die Gestaltung der Fraktionszeitung verantwortlich. Wir freuen uns sehr, Norbert wieder bei uns begrüßen zu dürfen. Durch sein bisheriges Engagement und seine umfangreichen Erfahrungen in der Dresdner Kommunalpolitik als ehemaliger Stadtrat bereichert er die Arbeit der Geschäftsstelle in besonderem Maße. Erreichbar für Hinweise und Vorschläge ist er am besten über Mailadresse der Telefon der Fraktion. *Die Redaktion*

VORNE LINKS
Die Fraktion im Dresdner Stadtrat

Impressum

Herausgeber
DIE LINKE. Fraktion
im Dresdner Stadtrat
Rathaus, 1. Etage, Zimmer 208
Dr. Külz-Ring 19, 01067 Dresden

Kontakt
Telefon: 0351/4882822
fraktion@dielinke-dresden.de
www.linke-fraktion-dresden.de

V.i.S.d.P.
Thomas Feske

Autor*innen dieser Ausgabe
Anja Apel, Christopher Colditz, Norbert Engemaier, Thomas Feske, Dr. Margot Gaitzsch, Katharina Hanser, Magnus Hecht, Anne Holowenko, Tilo Kießling , Caroline Lentz, Jens Matthis, Jana Neveling, André Schollbach, Tilo Wirtz

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich das Recht auf sinnwahrende Kürzungen vor.

Bildnachweise
Marco Verch/ FlickR (1), Fotoarchiv Fraktion (2), Michael Gaida/ pixabay(2), Thorsten Eckert (2), Frank Grätz (3; 5), X-Weinzar/ wikimedia commons (4), Jürgen Gessner/ pixelio (4), Christian Gebhardt/ wikimedia commons (5), Magnus Hecht (6), ADMC/ pixabay (6), Marcel Ritschel (6), stevepb/ pixabay (7), white 77/ pixabay (7), congerdesign/ pixabay (7), Jana Neveling (8), geralt/ pixabay (8), Norbert Engemaier (8)

Gestaltung und Satz
Norbert Engemaier

Druck
LR Medienverlag
und Druckerei GmbH

Auflage
Die Papierausgabe wird in einer Auflage von 3000 Exemplaren gedruckt.

Redaktionsschluss
9.3.2020

DIE LINKE.
Fraktion im Dresdner Stadtrat